

# SOPAINFO

## arbeitsmarkt

# 15

Wahlaussagen der Parteien zu arbeitsmarktpolitischen Forderungen der IG Metall

## Sozialstaatliche Neuordnung des Arbeitsmarktes in Sicht?

Gesetzlicher Mindestlohn, „Gleiche Arbeit, gleiches Geld, gleiche Rechte“ in der Leiharbeit, verbesserte Absicherung Arbeitsloser – das sind Elemente einer sozialstaatlichen Neuordnung des Arbeitsmarktes, wie sie die IG Metall fordert. Ein Blick in die Wahlprogramme der Parteien zeigt: Einige Forderungen sind von Parteien aufgenommen worden, andere finden noch wenig Widerhall.

### Beschäftigtenbefragung der IG Metall 2013

Wir brauchen einen gesetzlichen Mindestlohn von anfänglich mindestens 8,50 €.



Leiharbeit und Werkverträge müssen gesetzlich neu geregelt werden. Es muss grundsätzlich gelten: „Gleiche Arbeit – gleiches Geld“.



IG Metall SOPAINFO Quelle: IG Metall Arbeit: sicher und fair! Die Befragung. Ergebnisse, Zahlen, Fakten



Die Erfolgsmeldungen über steigende Beschäftigung und sinkende Arbeitslosigkeit verschleiern den schleichenden Wandel am Arbeitsmarkt. Dieser ist gekennzeichnet durch eine massive Zunahme atypischer Beschäftigung, die Ausweitung des Niedriglohnsektors und den Abbau von Leistungen und (Schutz-)Rechten für Arbeitslose. Viele können von ihrer Arbeit nicht mehr leben. Der Weg ins Hartz IV-System ist kurz und der Ausstieg oft nur vorübergehend oder ganz versperrt. Die Arbeitsmarktpolitik der letzten Jahrzehnte hat diese Entwicklung maßgeblich befördert. Die IG Metall fordert daher eine sozialstaatliche Neuordnung des Arbeitsmarktes.

### Gute und sichere Arbeit

Um die Zunahme atypischer Beschäftigung und die Ausbreitung sozialer Unsicherheit trotz Arbeit zu stoppen, ist ein Bündel an Maßnahmen nötig. Die IG Metall will insbesondere einen einheitlichen, flächendeckenden Mindestlohn von anfänglich mindestens 8,50 Euro,

Maßnahmen zur Eindämmung und Verhinderung von Leiharbeit und die Abschaffung sachgrundloser Befristungen. Bei der SPD, der Linken und Bündnis 90/Die Grünen stoßen diese Forderungen im Wesentlichen auf Zustimmung. CDU/CSU und die FDP stehen ihnen dagegen weitgehend ablehnend gegenüber. Nach langem innerparteilichem Ringen will die CDU/CSU statt eines gesetzlichen Mindestlohns die Tarifparteien zur Festlegung verbindlicher Lohnuntergrenzen in Branchen ohne Tarifvertrag verpflichten. Dabei sollen regionale und sektorale Unterschiede möglich sein. Im Klartext heißt das: Abweichungen nach unten wären zulässig – ohne jegliche Grenze. Zudem blieben existierende Tarifverträge mit niedrigen Entgelten weiter bestehen.

Um dem Missbrauch und Lohndumping bei den Minijobs entgegenzuwirken, sieht die IG Metall zudem die Notwendigkeit, den Sonderstatus der Minijobs abzuschaffen und diese in „normale Arbeitsverhältnisse“ zu überführen. Hierzu haben die Gewerkschaften im

DGB ein Konzept vorgelegt. Ein zentrales Element ist die Einführung der Sozialversicherungspflicht. Während CDU/CSU und FDP die Augen verschließen, sehen die Oppositionsparteien die Problematik. Es gibt aber ein unterschiedliches Herangehen. Die Linke setzt auf eine Abschaffung des Sonderstatus und eine Sozialversicherungspflicht ab der ersten Stunde. SPD und Grüne wollen der Umgehung des Arbeitsrechts bei den Minijobs begegnen und die soziale Absicherung verbessern. Die Grünen setzen zudem auf eine Begrenzung der Minijobber im Betrieb sowie eine Stundenobergrenze. Sie sprechen von einem Einstieg in eine Reform der Sozialversicherungspflicht, wobei Näheres jedoch unklar bleibt. Teils ist die Rede von einer Abgabepflicht ab 100 Euro.

### Absicherung Arbeitsloser verbessern

Zur besseren Absicherung von Arbeitslosen fordert die IG Metall eine Verlängerung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes I auf bis zu 36 Monate. Damit würden insbesondere ältere Arbeitslose stärker vor dem Abrutschen in Hartz IV verschont. Die Parteien greifen dies bisher kaum auf. Lediglich Die Linke tritt für eine verlängerte Bezugsdauer ein, wobei der genaue Umfang aber unklar bleibt. Derzeit ist Voraussetzung für einen Anspruch auf Arbeitslosengeld I, dass man innerhalb der letzten zwei

Jahre mindestens zwölf Monate sozialversicherungspflichtig gearbeitet hat. Die IG Metall fordert eine Verlängerung der Rahmenfrist von zwei auf drei Jahre. Dies würde dazu beitragen, dass viele befristet und instabil Beschäftigte Anspruch auf Arbeitslosengeld I erhalten. Während die Regierungsparteien dies ablehnen, gibt es Übereinstimmung mit der Opposition. Die IG Metall fordert zudem bedarfsgerechte und existenzsichernde Hartz IV-Regelsätze und ihre deutliche Anhebung sowie eine Abschaffung der Sanktionen. Bei CDU/CSU und FDP zeigt sich hier keine Bewegung. Die SPD tritt für verfassungsfeste Regelsätze ein. Eine kurzfristige Erhöhung des Regelsatzes und eine Aussetzung bzw. Abschaffung der Sanktionen wird von den Grünen und der Linken gefordert. Wichtig ist aus Sicht der IG Metall zudem eine Veränderung der Zumutbarkeitsregeln, so dass Arbeitslose nicht zum Lohndumping gezwungen werden. Bewegung in dieser Richtung gibt es bisher lediglich bei der SPD und der Linken. Während die SPD eine Vermittlung in Arbeit unterhalb ortsüblicher Entgelte ausschließen will, soll aus Sicht der Linken Arbeit unzumutbar sein, die untertariflich bezahlt wird.



„Gute Arbeit, gute Löhne und soziale Sicherheit lautet das arbeitsmarktpolitische Leitmotiv der IG Metall. Wir wollen eine sozialstaatliche Neuordnung des Arbeitsmarktes, die diesem Leitmotiv folgt.“

Hans-Jürgen Urban, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall

### Fazit: Manches erreicht – Einiges zu tun

Nicht zuletzt durch den Druck der IG Metall ist Bewegung in die arbeitsmarktpolitische Debatte gekommen. Insbesondere Forderungen zur Eindämmung atypischer und prekärer Beschäftigung sind von SPD, Grünen und Linken aufgenommen worden. Je nach Wahlausgang stehen die Umsetzungschancen, z.B. für die Einführung eines Mindestlohns oder Veränderungen bei der Leiharbeit, nicht schlecht. Forderungen zur Verbesserung der Situation von Arbeitslosen finden demgegenüber bisher weniger Widerhall. Dies gilt insbesondere für die Anhebung der Hartz IV-Regelsätze, einen verlängerten Arbeitslosengeldbezug und veränderte Zumutbarkeitsregeln. Zudem stellt sich in insgesamt die Frage, inwiefern die Parteien ihre Programmatik im Fall einer Regierungsbeteiligung tatsächlich umsetzen. Für die IG Metall geht es daher darum, den öffentlichen und betrieblichen Druck hoch zu halten – vor und nach der Bundestagswahl.

### Arbeitsmarkt: Was meinen die Parteien zu den wesentlichen Forderungen der IG Metall?

Eine Übersicht kann abgerufen werden:

IG Metall fordert...	CDU/CSU	SPD	FDP	DIE LINKE	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
<b>Das Mindestlohn</b> Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns ab 2016 für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmerinnen.	Keine Umsetzung	Keine Umsetzung	Keine Umsetzung	Keine Umsetzung	Keine Umsetzung
<b>Leiharbeit</b> Einführung einer gesetzlichen Leiharbeitnehmerparität.	Keine Umsetzung	Keine Umsetzung	Keine Umsetzung	Keine Umsetzung	Keine Umsetzung
<b>Arbeitslosengeld I</b> Verlängerung der Bezugsdauer auf bis zu 36 Monate.	Keine Umsetzung	Keine Umsetzung	Keine Umsetzung	Keine Umsetzung	Keine Umsetzung
<b>Hartz IV</b> Anhebung der Regelsätze und Abschaffung der Sanktionen.	Keine Umsetzung	Keine Umsetzung	Keine Umsetzung	Keine Umsetzung	Keine Umsetzung
<b>Minijobs</b> Einführung einer Stundenobergrenze und Begrenzung der Minijobber im Betrieb.	Keine Umsetzung	Keine Umsetzung	Keine Umsetzung	Keine Umsetzung	Keine Umsetzung

Quelle: IG Metall Vorstand, Funktionsbereich Sozialpolitik



### Impressum:

**Herausgeber:** IG Metall Vorstand, Funktionsbereich Sozialpolitik, 60519 Frankfurt am Main

**Verantwortlich:** Hans-Jürgen Urban

**Redaktion:** Christoph Ehlscheid, Axel Gerntke, Angelika Beier, Stefanie Janczyk

**Gestaltung:** Warenform

Das SOPAINFO kann direkt per Mail bezogen werden. Zur Aufnahme in den E-Mailverteiler bitte eine kurze Mail senden an:

agnes.stoffels@igmetall.de. Abbestellung bitte ebenfalls per Mail an diese Adresse.

